

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich
www.nfoe.at
08 – 10/2007 / Nr. 18

NEUTRALITÄT – wird das Volk hinters Licht geführt?



Liebe Leser!

Sind wir noch neutral oder nicht? An dieser Frage entzündeten sich verständlicherweise endlose Streitgespräche bei Bürgern und Parteien.

Nun hat Ende August d.J. der steirische ÖVP-Clubchef Christopher Drexler das ausgesprochen „wozu er nicht öffentlich Stellung nehmen dürfen“ (nach eigenen Worten): Die Forderung nach Abschaffung der Neutralität. Und es ist wohl bezeichnend, was Drexler vom Neutralitätspolitischen Kurs der Bundespartei führt: **„Eine Politik der Täuschung“.**

Wie verhält es sich nun wirklich, das Trauerspiel rund um die in

*Österreichs
klare Haltung
sollte sein:
Solidarisch im
Frieden,
neutral im Krieg!*

Siegfried Eder, Tirol

der Bundesverfassung verankerte Neutralität? Zum Einen erleben wir Bürger mit größtem Erstaunen, dass sich die Bundesregierung im praktischen Handeln keinen Deut um diese rechtlichen Vorschriften schert. Es werden österreichische Soldaten in Kriegsgebiete geschickt und das nicht nur zu humanitären Zwecken (z.B. Kampftruppen in Afghanistan). Andererseits wird in den offiziellen Stellungnahmen aller etablierten Parlamentsparteien demonstrativ die österreichische Neutralität als gültig und verfassungsmäßig gesichert hingestellt. Wie ist dieser Widerspruch erklärbar?

Wäre das nicht ein Anlass um den Bundeskanzler, u.U. den Bundespräsidenten strafrechtlich zu belangen, es gibt ja ein Neutralitätsgesetz?

Nein, es ist 2002 eine Novellierung dieses Gesetzes beschlossen worden, durch die Neutralitätsgesetzverletzende Handlungen, **ja sogar offener Bruch der Neutralität straffrei** gestellt wurden. Freilich wurde die erst möglich, nachdem das Bundesverfassungsgesetz bereits 1998 (mit Zweidrittel-Mehrheit im NR konnte eine Volksabstimmung umgangen werden) in einer „Nacht- und Nebelaktion“ d.h. ohne jede öffentliche Diskussion

(!) geändert und damit die **Beteiligung Österreichs an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP)** möglich wurde.



*Zu unserem Land gehört - wie ein
Markenzeichen - auch die
immerwährende Neutralität*

So schaut die Wirklichkeit aus. Das soll jedoch kein Grund zur Resignation oder zur Aussage sein „wir

Inhalt:

- Neutralität S. 1/2
- Selbstversorgung S. 2
- Islamismus & Neutralität S. 2
- Bericht HP Mayr S. 3
- Europäisches Piratentum S. 3
- Wahlen in d. Schweiz S. 4
- Migrationsverhältnisse S. 4
- Globalisierung S. 4
- Lesermeinung S. 5
- Positives, Erfreuliches S. 5/6
- Anbauverbot, Impressum S. 6

haben die Neutralität bereits verloren.“ Wir müssen gerade dann, wenn wir diese politischen Täuschungsmanöver durchschaut haben, umso nachdrücklicher die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes fordern. Kein österreichischer Soldat hat außer-

halb seiner Staatsgrenzen etwas verloren. Er hat nur eine Aufgabe nach der „Figl-Raab-Neutralität“: Schutz und Verteidigung des österreichischen Staatsgebietes.

Ihr Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli
Bundesobmann



Hoher Selbstversorgungsgrad – immer weniger ein Anliegen österreichischer Politik

Wollen wir von ausländischen Waren überschwemmt werden und österreichischen Erzeugern das Überleben unmöglich machen?

Wollen wir in Zukunft bei der Lebensmittelversorgung größtenteils vom Ausland abhängig sein?

Vergleichen Sie, liebe Leser auf unseren Abbildungen (aus den Regalen einer österreichischen Supermarktkette im September 07) die Preise bei Mehl und es ist leicht zu erraten, wie lange österreichische Produzenten in diesem unfairen Wettbewerb (nach Wunsch von WTO und EU) bestehen werden können.

Wer sich für einen Beitritt der Türkei zur EU ausspricht, will auch diese Folgen in Kauf nehmen.



**Politiker merkt es Euch endlich:
Bio + regional = optimal!**

ISLAMISMUS UND NEUTRALITÄT

Politische Debatten können in Österreich mitunter sehr bizarr sein.

Da wird uns über Wochen hinweg einzutrichtern versucht, wie überholt unsere Neutralität sei, dass sie sowie so nie richtig eingehalten worden sei und deshalb schon gleich über Bord geworfen werden könne (wie unlogisch!).

Zur selben Zeit erschüttert eine Videobotschaft von muslimischen Extremisten unser Land. Schlagartig wird uns bewusst, dass auch wir gefährdet sind.

Österreich solle, heißt es darin, seine Teilnahme am Krieg der USA und NATO gegen die muslimische Welt, speziell gegen Afghanistan überdenken, wenn es nicht in ein Bedrohungsszenario geraten will. Der radikale Islam beobachtet und beurteilt also die Staaten sehr genau im Hinblick darauf, ob bzw. wie weit sich vor den Karren der westlichen Allianz mit ihrem Expansions- und Interventionsdrang spannen lassen oder nicht. Es zeigt sich auch, wie sehr eine verantwortungslose Politik uns bereits in Gefahr gebracht hat.

Wenn man glaubt, sie würde nun ernsthaft Hand an die Lösung des Problems legen, um die Gefährdung der Sicherheit der österreichischen Bevölkerung zu reduzieren, sieht man sich getäuscht. Die Reaktionen reichen von der Forderung von in der Praxis nicht durchführbaren und unangebrachten Maßnahmen gegen die Ausübung des Islam als Religion bis hin zur Veranstaltung von Parteiengezänk mit totaler Realitätsverweigerung (Grüne). Der auf der Hand liegende und auch in der Videobotschaft angesprochene Zusammenhang von Neutralität und Schutz vor islamistisch motivierten Terroranschlägen, der allein einen Aus-

weg weisen würde, wurde augenfällig ausgeklammert.

Dafür sagen wir es umso deutlicher: **Unsere Neutralität ist aktueller denn je! Wer sie aufgeben will, trägt bei zur Vermehrung von Terrorismus und Kriegsgefahr!**

Wir fordern deshalb als einzig angemessene Reaktion in dieser Sache die auch in der Praxis glaubhafte Einhaltung unserer bewährten Neutralität (in ihrer ursprünglichen Fassung von 1955, nicht in der verwässerten Form von heute). Österreich soll sich jeder bündnispolitischen und militärischen Parteinahme für oder gegen welche Seite auch immer enthalten. Das ist die beste Investition in unsere Sicherheit.

Ferner ist darauf zu achten, schrittweise die Anzahl der in Österreich lebenden Moslems durch entsprechende Einwanderungsbestimmungen und Rückführungen in die Herkunftsländer zu reduzieren. Angefangen soll bei denen werden, die sich wie einer der verhafteten Islamisten offenkundig jeder Integration in unsere Gesellschaft verweigern.

Mit einer weiteren österreichischen EU-Mitgliedschaft sind solche Vorhaben allerdings nicht zu realisieren. (nos)

*Die EU ist Diktatur.
Demokratisch keine Spur.
Dies bejahen und
erklärten anerkannte
Rechtsexperten.
Unsere Pflicht liegt
auf der Hand.
WIDERSTAND!*

Wolf Martin (Kronenzeitung)

Wie es einem Österreicher ergeht, der sich für demokratische Rechte einsetzt – ein wahrer Bericht.



HP. Mayr,
Tirol

Ich war am 8. 9. mit einem Kollegen in Kitzbühel unterwegs und wir haben uns so gegen 00.10 Uhr entschlossen noch kurz ein Imbiss-Lokal in der Kitzbühler

Innenstadt zu besuchen.

Wir standen an der Kasse, als ein 28 jähriger türkisch-stämmiger Mann mich zuerst auffallend anstarrte und danach an mich die Frage stellte, ob ich „wirklich glaube, dass mich hier keiner kenne!“. Ich fragte ganz erstaunt, was er meine und er antwortete, dass er mich aus der Zeitung kenne und er sich wundere, „dass ich mich nicht schämen würde, als Ausländerhasser“.

Gemeint war meine Initiative für das Anti-Türkei-Volksbegehren. Ich erklärte kurz, dass ich zwar politisch engagiert sei, persönlich jedoch nichts gegen Ausländer hätte. Er fragte die Kassiererin vor sich, ob sie auch eine Ausländerhasserin sei und meinte dann zu der verdutzten Frau, dass hier (er zeigte auf mich) einer stünde, der ein Ausländerhasser und Nazi sei.

Danach bin ich mit meinem Kollegen

an einen Tisch an der Fensterfront im Parterre gegangen, um unsere Pommes zu essen. Wir haben es schon eigens unterlassen ins Untergeschoß des Imbiss-Lokals zu gehen, um ja nicht alleine zu sein, im Fall der Fälle.

Der Mann hat sich in einem Abstand von gut 15 Metern zu einem Tisch diagonal von uns gesetzt und von dort aus dann wieder Leute, die gerade hereinkamen, gefragt, ob sie Ausländerhasser seien und danach wieder auf mich gezeigt.

Plötzlich stand er von seinem Tisch auf und fing an, extrem laut und ohne Unterbrechung Parolen wie „Nazi“, „Nazisau“, „scheiß FPÖ-ler“, „Naziarschloch“, „Rechte Sau“ quer durch das Lokal herüberzuschreien. Er war dabei aufgestanden und hatte mit der rechten Hand die ganze Zeit auf mich gezeigt.

Alle Leute haben schon recht ängstlich geschaut, und ich war schon im Begriff das Lokal zu verlassen, um nicht nachher dem jungen Mann draußen begegnen zu müssen, da war jener schon aufgesprungen und mit weit aufgerissenen Augen auf mich zugelaufen. Er hat seinen fast vollen Becher Cola auf mich geworfen und seinen Hamburger gegen

meinen Tisch, sodass auch meine Sachen um- und hinuntergefallen sind.

Dann ist er auf meine Bank gesprungen und hat begonnen mit seiner rechten Faust mit voller Wucht auf mich einzuschlagen. Ich habe mich in das Eck meiner Bank gekauert und versucht mit beiden Armen meinen Kopf zu schützen. Er hat immer weiter geschlagen und mich an den Armen und auch ein paar Mal am Kopf erwischt. Zum Glück hatte mein Kollege rechtzeitig per Handy die Polizei angerufen.

Nachdem der Täter von einem anderen Lokalbesucher angeschrien worden war, hat er von mir abgesehen, allerdings mir beim Hinausgehen noch einmal gedroht, „dass mich in seinem Dorf (keine Ahnung, welches er meinte) alle kennen und sie mich aufschlitzen würden, sollte ich mich dort blicken lassen“.

Der Täter und auch der Zweite, der am Anfang bei ihm dabei gestanden hatte, sind mit einem Taxi geflüchtet, wurden jedoch umgehend von der rasch eintreffenden Polizeistreife gestoppt, die mit meinem Begleiter über das Handy in Kontakt geblieben waren und sich „live“ berichten ließen, was gerade vor sich ging.

Europäisches Piratentum



Veronika Lindinger,
ÖÖ

Margaret Thatcher, „die eiserne Lady“ und ehemalige britische Premierministerin hat in ihren 1993 unter dem Titel „The Downing street years“ veröffentlichten Memoiren

geschrieben, dass sie der Europäischen Union (bereits damals!) keine Zukunftschancen gibt. Sie sieht die

EU als sinkendes Schiff.

Österreich war früher immer eine „Insel der Seligen“. Mit unserem EU-Beitritt begaben wir uns also schon von vornherein auf dieses sinkende Schiff, das **viele gierige Kapitäne mit undefinierbarem Kurs** und eine den Kapitänen hörige Besatzung hat. Und wir sind deren Galeerensträflinge, die brav rudern müssen, aber weder vom Kurs abkommen, noch das Ruder herumreißen dürfen. Noch dazu **investieren wir eine Menge Geld in eine dem Unter-**

gang geweihte Institution - wider jedes kaufmännische Verständnis. Den Reichtum, den sich die Österreicher durch Fleiß erarbeitet haben, verschenken sie jetzt an das „europäische Piratentum“! Die Reichen werden immer reicher und die Mittel- und Unterschicht immer ärmer.

Wäre es nicht schön, wenn Österreich wieder auf die „Insel der Seligen“ zurückkehren und sich den Untergang des sinkenden Schiffes von dort aus in aller Ruhe ansehen könnte?

In der Schweiz wird gewählt



Am 21. Oktober wird in der Schweiz ein neuer Nationalrat gewählt.

Aus unseren Beobachtungen ergibt sich ein recht klares Bild. Nur eine einzige Partei vertritt glaubwürdig die Direkte

Demokratie und die Schweizer Souveränität, die SVP (Schweizerische Volkspartei). Sie allein kämpft eindeutig gegen einen Beitritt der Schweiz zur EU. Direkte Demokratie und EU vertragen sich

nicht, das weiß jeder halbwegsgebildete Schweizer Bürger.

*Insofern hat die SVP unsere Sympathie gewonnen und wir wünschen ihr bei dieser Wahl **viel Erfolg!***

Migrationsverhältnisse nur in Deutschland besorgniserregend?

„Fragen Sie einmal eine Verkäuferin bei Schlecker, die schon dreimal von einer Horde jugendlicher Migranten überfallen worden ist, mit der Waffe eins übergezogen bekommen hat und jetzt jeden Morgen Beruhigungsmittel nimmt, um weiterarbeiten zu können – weil sie es sich nicht leisten kann, nicht zu arbeiten. Das ist eine Heldin des Alltags! **Was können all die Opfer dafür, dass der Staat die Täter aus falsch verstandener Rücksicht nicht ausweist?** Ich fürchte, wir nehmen auf die

Falschen Rücksicht.Es gab in den zurückliegenden Jahren eine ganz klare Tendenz, dieses Problem der Migration unter den Teppich zu kehren. Man hatte wohl die keineswegs unbegründete Befürchtung, dass ein offener Umgang mit diesen Zahlen zu Fremdenfeindlichkeit führen kann.

Wir sollten alles tun, um diese Kriminalität von hier wieder zu entfernen.“

(Wörtliche Aussagen des deutschen Oberstaatsanwaltes Roman Reusch im Rahmen eines SPIEGEL-Interviews, 7. 5. 2007)

Und wie sind die Migrationsverhältnisse in Österreich? Die NFÖ meint, nicht weniger besorgniserregend als in Deutschland, denn die Spannungen (siehe Erlebnisbericht von Dr. HP. Mayr) zwischen der heimischen Bevölkerungsgruppe und den Migranten – insbesondere Schein-Asylanten – nehmen täglich zu. Die NFÖ fordert daher: Österreich braucht strenge Einwanderungsbestimmungen und Asylgesetze ähnlich jenen in Dänemark.

Globalisierung – kein Ausweg ?



*Fritz Garhofer,
Wien*

Wir spüren alle die negativen Auswirkungen der globalisierten Wirtschaft. Den wenigen Vorteilen stehen gravierende Nachteile, wie zunehmender Druck auf die Löhne und damit eine Verarmung der arbeitenden Bevölkerung (Zerstörung des Mittelstandes) sowie eine ähnliche Entwicklung bei den Klein- und Mittelbetrieben gegenüber. Die Nutzniesser sind nur die Großkonzerne und Banken, die immer größere Gewinne steuerschonend weltweit verschieben können.

Diese zahlenmäßig wenigen Personen drängen die Mehrheit in eine **ökonomische Abhängigkeit**, die immer mehr einer globalen Sklaverei ähnelt.

Die Politiker scheren sich wenig um die Mehrheit der Wähler – obwohl laut Verfassung das Recht vom Volke ausgeht – und begünstigen in erster Linie wieder die Großkonzerne und Banken. Alles geht in Richtung einer Konzentration, bei immer mehr abnehmender, demokratischer Kontrolle, wo alleine nur die Gewinnzahlen zählen.

Diese Entwicklung ist schädlich für Österreich und auch für die Mehrzahl der österreichischen Bevölkerung. Ein möglicher **Ausweg** wäre eine massive Stärkung der **Autarkie** bei der Energieversorgung (Bau von dezentralen Kleinkraftwerken, auf jedes Hausdach eine Photovoltaikanlage zur Stromerzeugung etc.) und bei der Nahrungsmittel- und Güterproduktion. Bei geringer Abhängigkeit vom Ausland bestünde somit auch wenig Erpressbarkeit durch die Machtstrategien ausländischer Staaten und globalisierter Konzerne.

Globalisierung ist im Wesentlichen nichts Anderes als die vier Grundfreiheiten der EU, übertragen auf die ganze Welt. Die EU ist also nicht die Antwort auf die Globalisierung, sondern Teil derselben!

Elfriede Stempfer, Wien



*Wie weit in den Osten sollen Unternehmen verschoben werden, damit die Gewinne noch stärker ausfallen?
EU und WTO helfen kräftig mit.*

Lesermeinungen

Landesverschandelung

Liebe Tiroler Landsleut', verschandelt eure schönen Dörfer und Städte durch Protzbauten vernichtet eure wenigen fruchtbaren Talböden für Golfplätze, verschandelt eure herrlichen Berge mit unzähligen Liften, Seilbahnen, Schrägaufzügen, Schipisten, Sommerodelbahnen ... Sprengt die Gipfel und setzt den Halbmond oben auf, verdeckt eure Trinkwasserreserven – die Gletscher. Vernichtet die Naturdenkmäler und – Schutzgebiete für Sporteinrichtungen, unnötige Kraftwerke und Transitrouten. Ja, die Transitrouten werdet ihr brauchen, weil jene Touristen, die eigentlich hier bleiben wollen, durchfahren werden,

nachdem sie in Tirol das nicht mehr finden was sie suchten.

Konrad Lorenz, Verhaltensforscher und Bußprediger für eine lebenswerte Welt, sagte: „Schönheit der Natur und Schönheit der kulturellen Umgebung sind beide nötig um einen Menschen seelisch gesund zu erhalten. Die totale Seelenblindheit für alles Schöne, die heute in so beängstigender Weise um sich greift, die ist eine echte Geisteskrankheit. Und sie ist deshalb so ernst zu nehmen, weil sie ganz offensichtlich mit einer Unempfindlichkeit für das ethisch Verwerfliche einhergeht.“

Fortschritt allein ist noch keine Leistung, es kommt auf die Richtung an. Altes erhalten, Neues gestalten. Was im Land geschieht ist Altes vernichten, dort neues errichten. Dies alles für einige wenige „Geldsäcke“, die ihre Kröpfe nie vollkriegen, das dann Wirtschaft nennen und an oben erwähnter Krankheit leiden.

Der Anlaß dieses Leserbriefes von Ernst Holztrattner aus Völs war die wenig zufriedenstellende Beteiligung an einer Volksbefragung über die Errichtung eines Hochhauses im Zentrum der Marktgemeinde Zirl, im Tiroler Oberland.

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes ...

Endlich getraut sich ein Minister auf US-Provokationen hinzuweisen

Es habe keinen Sinn, ein Raketenabwehrsystem in Europa aufzubauen, hatte Bundesminister Darabos in einem am 23. August d.J. veröffent-

lichten Interview mit der Zeitung „Die Presse“ gesagt. Mit dem Argument der USA, dass der Raketenschild iranische Langstreckenraketen abweh-

ren solle, würden „alte Geister heraufbeschworen, die wir eigentlich schon vertrieben hatten“. Der Schild sei eine Provokation“. (Quelle: ORF.at)

*Fang heute an, kühn zu sein.
In dem Moment, wo du dich einer Sache wirklich verschreibst,
rückt der Himmel in Reichweite.*

Johann Wolfgang Goethe

Volksabstimmung über den neuen EU-Vertrag in Dänemark

Während bisher in Dänemark nur EU-Gegner vom rechten und linken Flügel eine Volksabstimmung forderten, stimmen nun auch EU-Befürworter ein, erst aus den kleinen Mitte-Parteien, dann von den oppositionellen Sozialdemokraten, zuletzt selbst aus dem Regierungslager. Damit steigt

der Druck auf den Ministerpräsidenten Anders F. Rasmussen, den leicht modifizierten EU-Vertrag **selbst dann einer Volksabstimmung zu unterziehen, wenn dies rein juristisch nicht nötig wäre.** Diesmal scheinen die Dänen auf ihr demokratisches Mitentscheidungsrecht nicht

verzichten zu wollen und das nährt große Hoffnungen, denn dänische Abstimmungen zu EU-Themen gingen schon zweimal anders aus, als es sich die Brüsseler Antidemokraten wünschten. (Maastricht-Vertrag und Euro wurden abgelehnt.) (Quelle: Die Presse, 28.9.07)

Positive Bilanz nach Beschallung durch Klassikmusik

Nachdem sich zahlreiche Anrainer über lärmende und betrunkene Jugendliche am Hohen Markt in Krems beschwert hatten, griff die Stadtführung zu einem ungewöhnlichen Gegenmittel. Die Örtlichkeit wurde vier Wochen lang mit klassischer Musik beschallt. Mit Erfolg! Es ist leiser geworden, nicht nur weil

die Jugendlichen andere Plätze aufgesucht haben. Von dort habe es dann keine Beschwerden mehr gegeben, berichtete der Magistratsdirektor Karl Hallbauer. Nicht nur die Anrainer sind zufrieden, auch die Wirte meinten, dieser Versuch habe sich gelohnt.

(Quelle: orf.at, 9.7.2007)

Sollte man dieses Erfolgsrezept vielleicht Monsieur Sarkozy in Frankreich zur Beruhigung der Strassenkrawalle Jugendlicher rund um Paris anbieten?

Siegel gegen die Wegwerf-Mentalität

Vom Österreichischen Normeninstitut und dem Institut Umweltberatung wurde ein neues Gütesiegel eingeführt, das besonders reparaturfreundliche

und langlebige Geräte auszeichnen soll. Ihre Zertifizierung wird auf Initiative der Herstellerfirmen gewährt. Zweck dieser Auszeichnung: Nicht

die Neuanschaffung sondern die Reparatur eines technischen Gerätes soll sich wieder lohnen.

In eigener Sache

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns bitte!

Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenngleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.

.....

Weitere Exemplare unseres Nachrichtenblattes oder Flugblätter zu verschiedenen Themen schicken wir auf Anforderung gerne zu.

.....

Diesem Nachrichtenblatt haben wir unsere Unterschriftenliste für die EU-Austrittspetition beigelegt.

Bitte helfen Sie - sofern es nicht bereits geschehen ist - beim Sammeln von Unterstützungs-Unterschriften mit.

.....

Bitte Adressenänderung frühzeitig bekanntgeben.

Anbauverbot von Gentech-Pflanzen durch den EuGH aufgehoben



Helmut Schramm,
Wien

Es wird wieder einmal deutlich, was die EU von Demokratie, Subsidiarität und Rechtsstaatlichkeit hält und wie sie über alles bestimmen will, sogar über unsere Lebensmittel, somit über unser Essen.

Gegen die Richtlinien und Verordnungen der EU kann niemand wirklich etwas unternehmen, denn EU-Recht steht über nationalem Recht.

Seit 13. September d. J. ist es amtlich: **Der Europäischen Gerichtshof hat entschieden, dass das Land Oberösterreich sein Gentechnik-Anbau-Verbot aufheben muss.**

Das diesem Urteil zugrunde liegende Herkunftslandprinzip, vom Europäischen Gerichtshof entwickelt, ist ein wesentlicher Hebel der Entdemokratisierung und Entmachtung der Völker.



Mischwesen schienen bisher eine Ausgeburt der Phantasie Verrückter zu sein. Die Realität zeigt jedoch immer häufiger das Brechen jeglicher Tabus: Siehe Chimären-Versuche an der Mayo-Clinic in Rochester. (orf.at, 6.9.2007)